

Kampf gegen Armut in Rheinland-Pfalz

Positionen der Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz

Die Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz (LAK RLP) legt mit dem folgenden Papier einen Katalog von Vorschlägen vor, die aus den intensiven Beratungen in der Landesarmutskonferenz unter Einschluss der Diskussionen mit betroffenen Menschen stammen. Zum Begriff von „Armut“ wird auf den Armuts- und Reichtumsbericht der Landesregierung verwiesen. Unser Armutsverständnis ist, dass Armut gesellschaftlich erzeugt wird und nicht nur individuell zugeschrieben werden kann. Daher bedarf es neben individuellen Hilfen insbesondere struktureller Veränderungen durch Politik.

Dabei richten sich diese Vorschläge vor allem an das Land Rheinland-Pfalz und sind als Anregungen und Beiträge für eine Charta gegen Armut gedacht. Dessen ungeachtet halten wir nach wie vor an dem „Aktionsplan Kampf gegen Armut“ fest, so wie er im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Im Zentrum stehen dabei die Verbesserung der sozialen Lage armer Menschen und die Stärkung ihrer Teilhabemöglichkeiten.

Kommunen sind die Orte, wo Bürgerinnen und Bürger den Sozialstaat erfahren und denen die Aufgabe der kommunalen Daseinsvorsorge obliegt. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Kommunen bei der Armutsbekämpfung strukturell und materiell zu unterstützen. In diesem Kontext sucht die Landesarmutskonferenz das Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden.

Darüber hinaus werden aber auch Themen benannt, die dringend auf die Agenda einer bundespolitischen Diskussion und folgenden politischen Klärung gehören und bei denen das Land Rheinland-Pfalz um Unterstützung, z. B. über den Bundesrat, gebeten wird.

Wir benennen im folgenden Themenfelder zur Armutsbekämpfung, wobei landespolitische Ansatzpunkte besonders betont werden. Insbesondere für das Themenfeld Soziale Sicherung stellen wir uns eine Umsetzung bzw. einen Einstieg innerhalb dieser Legislaturperiode vor.

1. Soziale Sicherung

Die LAK RLP hat an das Land Rheinland-Pfalz im Bereich der sozialen Sicherung und gesellschaftlichen Teilhabe folgende Erwartungen:

- Einführung eines Sozialpasses „Mobilität“ zur Sicherung der Mobilität gerade in einem Flächenland wie Rheinland-Pfalz und zur soziokulturellen Teilhabe;
- Ausbau und finanzielle Förderung der Beratungsstellen für Arbeitslose und von Armut betroffene und bedrohte Menschen;
- Kostenfreies und gesundes Essen in Schulen und Kindergärten;
- Flächendeckender Ausbau einer qualifizierten Ganztagsbetreuung für Kinder;
- Entwicklung geeigneter Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Arbeit und Pflege in enger Zusammenarbeit mit allen beteiligten Akteuren;

Wir fordern das Land Rheinland-Pfalz auf, sich auf Bundesebene – z.B. über den Bundesrat – einzusetzen

- für die Ausgestaltung einer wirklich armutsfesten Grundsicherung für alle Anspruchsberechtigten, die sich am tatsächlichen Bedarf orientiert, auch auf die Transferleistungen nach den SGB II, XII und dem Asylbewerberleistungsgesetz erstreckt und deutlich über den jetzigen Regelsätzen liegen muss;
- für die Anpassung der Leistungssätze nach dem Asylbewerberleistungsgesetz an die jeweils geltenden Regelsätze;
- für die Einrichtung von Clearingstellen bei Sanktionen unter Beteiligung Betroffener im Verfahren und bei der Entscheidung;
- für die Wiedereinführung der aufschiebenden Wirkung bei Widersprüchen insbesondere im Bereich des SGB II und SGB XII;
- für die sofortige Aussetzung von Sanktionen bei chronisch und psychisch kranken Menschen sowie bei Menschen in besonders schwierigen Lebenssituationen (z.B. wohnungslose Menschen).

2. Sicherung der Wohnsituation

Wohnraum und Wohnumfeld haben direkten Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen. Die LAK RLP ruft das Land auf

- den sozialen Wohnungsbau zu stärken und bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für finanziell Benachteiligte, langfristig zu sichern;
- die Erstellung eines flächendeckenden Mietspiegels für Städte und Landkreise unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit angemessenen Wohnraums zu initiieren;
- die Offenlegung der örtlich zu Grunde gelegten angemessenen Unterkunftskosten inkl. der Heiz- und Warmwasserkosten zu initiieren und realistische Ansätze zu garantieren;
- für die Einführung von Clearingstellen bei Stromsperrern und Heizkostenkonflikten zu sorgen;
- die niedrigschwellige Energieberatung auszubauen und kostenfrei zur Verfügung zu stellen sowie Stromsperrern bei Menschen in besonderen Lebenslagen (z. B. Kinder, alte Menschen, chronisch Kranke etc.) zu vermeiden;
- Wohnungssicherungsstellen mit notwendigen Kompetenzen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit flächendeckend einzurichten;
- die Bedarfe für sozial-investive Maßnahmen zu erheben, entsprechende Konzepte zu entwickeln und finanziell zu sichern, um dadurch benachteiligte Stadtteile dauerhaft zu stabilisieren.

3. Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Die LAK RLP betont die landes- und bundespolitische Verantwortung für einen öffentlich geförderten Arbeitsmarkt als wirkungsvolles Instrument gegen Armut und dauernde Ausgrenzung.

Die hier zu stellenden Forderungen richten sich dabei vornehmlich an die Bundesebene. Das Land sollte hier aber beispielgebend und ergänzend tätig werden.

Im Einzelnen fordert die Landesarmutskonferenz

- die Einrichtung eines öffentlich geförderten und auf Dauer finanzierten Arbeitsmarktes mit arbeitsfesten und sozialversicherungspflichtigen Löhnen einschließlich einer Stärkung der sozialpädagogischen Begleitung;
- die dauerhafte institutionelle Förderung der sozialen Beschäftigungs- und Qualifizierungsbetriebe als wesentliche Träger des öffentlich geförderten Arbeitsmarktes;
- verstärkte Initiativen und Unterstützungsmaßnahmen zur Förderung derzeit benachteiligter Jugendlicher auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt;
- die Ausbildungsmöglichkeiten von Jugendlichen zu verbessern.

4. Gesundheit

Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist gerade auch für arme Menschen zu gewährleisten. Daher erwartet die Landesarmutskonferenz vom Land

- den Ausbau einer an der Lebenslage und dem Sozialraum orientierten Gesundheitsprävention und Gesundheitsförderung (ggf. in Mitfinanzierung der Krankenkassen);
- sich für die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu Armut und Gesundheit auf kommunaler Ebene zur Schließung dringender Versorgungsdefizite einzusetzen (z. B. bei Wohnungslosen, Straftentlassenen, ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ohne Krankenversicherungsstatus, Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltstitel).

Das Land wird nachdrücklich gebeten, sich auf Bundesebene einzusetzen

- für einen freien und niedrighschwelligigen Zugang zur Gesundheitsversorgung;
- für die Abschaffung der Praxisgebühr und Befreiung von Zuzahlungen für Bezieherinnen und Bezieher von sozialen Transferleistungen;
- für die Übernahme angemessener Fahrtkosten bei Arztbesuchen für Bezieherinnen und Bezieher von sozialen Transferleistungen;
- für die Einrichtung einer institutionalisierten und ausfinanzierten Gesundheitsberatung.

5. Bildung und Teilhabe

Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Teilhabe. Daher sind der ungehinderte Zugang zu Bildung und entsprechende Förderung gerade zur Bekämpfung der Armut bei Kindern wesentlich.

Die Landesarmutskonferenz erwartet daher von Land und Bund

Landesarmutskonferenz



- eine völlige Lernmittelfreiheit von Schulbeginn an;
- die Berücksichtigung von Bildung und Teilhabe im Regelsatz;
- Schulsozialarbeit und Nachhilfeunterricht an Schulen als Regelversorgung einzurichten;
- eine Bildungspolitik, die die Belange armer Menschen zur Verhinderung der sozialen Spaltung sowie zur Förderung der Chancengleichheit auch bei der finanziellen und personellen Ausstattung in den Mittelpunkt stellt (z.B. frühkindliche Förderung, bei Bedarf zusätzliche Maßnahmen wie Sprachkurse etc.).

Fazit

Angesichts der Krise der kommunalen Finanzen und der Einführung der Schuldenbremse für den Landeshaushalt kann die notwendige soziale Infrastruktur einschließlich der Bildungsleistungen für arme Menschen nur durch eine Erhöhung der staatlichen Einnahmen erreicht werden. Hier ist sich die Landesarmutskonferenz mit der Landesregierung einig und schlägt vor, diese Überzeugung noch offensiver zu vertreten.

Die (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer, eine angemessene Erhöhung der Erbschaftssteuer und generell eine neue Verteilungsgerechtigkeit, die Arbeit nicht grundsätzlich höher besteuert als Kapitaleinkünfte, müssen auf die Tagesordnung der politischen und gesellschaftlichen Diskussion auf Landes- und Bundesebene und stehen dringend zur Entscheidung an.

Die Landesarmutskonferenz hält einen armutsfesten gesetzlichen Mindestlohn für notwendig, der auch für den öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt Geltung haben muss.

Wir begrüßen die Einrichtung Runder Tische im Rahmen der Vorarbeiten zu einer Charta gegen Armut und Ausgrenzung in Rheinland-Pfalz und erwarten, dass die Landesarmutskonferenz beteiligt wird. Dazu haben wir in diesem Papier entsprechende Vorschläge formuliert.

Um den weiteren Prozess für alle Beteiligten nachprüfbar und verbindlich zu gestalten, sollten die Ergebnisse der Runden Tische mit einer konkreten Zeit- und Umsetzungsplanung verbunden werden. Um die Bekämpfung der Armut auch auf kommunaler Ebene voran zu bringen, plädieren wir für eine flächendeckende Armuts- und Reichtumsberichterstattung auch auf Ebene der Gebietskörperschaften.

Mainz, 30. Mai 2012
Landesarmutskonferenz Rheinland-Pfalz

Kontakt:

Dr. Franz Segbers / Nikolaus Immer
c/o LIGA der Freien Wohlfahrtspflege in Rheinland-Pfalz * Bauerngasse 7 * 55116 Mainz *
Tel.: 06131-22 46 08 * E-Mail: info@liga-rlp.de
Prof. Dr. med. Dipl.-SozPäd Gerhard Trabert
c/o Armut und Gesundheit in Deutschland e.V. * Barbarossastr. 4 * 55118 Mainz * Tel.: 06131-62 79 071
oder 0171-4760359 * E-Mail: info@armut-gesundheit.de oder gerhard.trabert@hs-rm.de

Mitglieder der LAK RLP: Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Pfalz; Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Rheinland; Armut und Gesundheit in Deutschland e.V.; Caritasverband für die Diözese Limburg e.V.; Caritasverband für die Diözese Mainz e.V.; Caritasverband für die Diözese Speyer e.V.; Caritasverband für die Diözese Trier e.V.; Der Paritätische Landesverband Rheinland-Pfalz | Saarland e.V.; Deutscher Gewerkschaftsbund Rheinland-Pfalz; Deutscher Kinderschutzbund Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.; Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Rheinland-Pfalz; Diakonisches Werk der Pfalz; Diakonisches Werk in Hessen und Nassau e.V.; Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe e.V.; Die Tafeln Landesvertretung Rheinland-Pfalz; Diözesancaritasverband für das Erzbistum Köln e.V.; Initiativausschuss für Migrationspolitik in Rheinland-Pfalz; Institut für sozialpädagogische Forschung Mainz; KAB Diözesanverband Mainz; KAB Diözesanverband Trier; LAG Soziales und Hartz IV Rheinland-Pfalz; Landeserwerbslosenkonferenz Rheinland-Pfalz e.V.; Verband Alleinerziehender Mütter und Väter e.V.